

Pressemitteilung zum EuGH-Urteil zum Fremdbesitzverbot für Apotheken

EuGH-Urteil ist ein wichtiger Etappensieg für die inhabergeführte Apotheke

Gilching, 19. Mai 2009 – Mit Erleichterung hat der Bundesverband Deutscher Apothekenkooperationen e.V. (BVDAK) zwar die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum deutschen Fremdbesitzverbot für Apotheke zur Kenntnis genommen, wonach Apotheken weiterhin von ausgebildeten Pharmazeuten geleitet werden müssen und nicht etwa von fachfremden Personen oder Gesellschaften. "Für Freudentänze ist es allerdings noch zu früh", schränkt Dr. Stefan Hartmann, Vorsitzender des BVDAK, ein.

Die Gestaltungsfreiheit, die den einzelnen Ländern der Europäischen Union offenbar zugestanden wurde, beinhaltet möglicherweise erhebliches Konfliktpotenzial. "Der große Dammbbruch konnte vorerst abgewendet werden. Aber potentielle Kettenbetreiber werden weiterhin versuchen, sich der Arzneimittelversorgung in Deutschland zu bemächtigen", ist Hartmann überzeugt.

Mit Blick auf die Politik der kleinen Schritte der letzten Jahre, in denen unter anderem – ohne EuGH-Einbindung - die OTC-Preise freigegeben wurden, Pick-Up-Stellen toleriert werden und der Versandhandel für Rx- und OTC-Präparate erlaubt wurde lassen weitere Entwicklungen befürchten, die eine Aufweichung der starken Strukturen der Arzneimittelversorgung zum Ziel haben. Andere bereits beschlossene Maßnahmen wie die neuen Rabattverträge müssten in den nächsten Wochen erst umgesetzt werden. Schließlich sei der Ausgang der Bundestagswahl im September abzuwarten, um einigermaßen abschätzen zu können, in welche Richtung der Apothekenmarkt weiter entwickelt werden wird. Unsere Bundestagsabgeordneten werden es in der Hand haben, Apothekenketten national in Deutschland zu zulassen oder die inhabergeführte Apotheke zu stärken.

Der BVDAK vertritt als Dachverband die Interessen von derzeit 13 Apothekenkooperationen. 20 Fördermitglieder (Pharmahersteller, Softwareunternehmen und andere) unterstützen den politischen Kurs. Der BVDAK steht für Freiheit, Wettbewerb, soziale Verantwortung und den Erhalt der durch Pharmazeuten geführten Apotheke.